



Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum neuen Jahre

entbieten wir allen Mitgliedern, Freunden und Förderern des Verbandes

herzlichste Glück- und Segenswünsche.

Ein Not- und Kampfsjahr Sondergleichen war das verflossene Jahr für die Bauarbeiter. Das neue soll besser werden! Das steht nächst Gott bei uns fest. Also mit Gott und Selbstvertrauen an die Arbeit!

Verbandsvorstand, Verbandsausschuss und Schriftleitung.

Bur Jahreswende

Hinter uns liegt das alte Jahr. Ein neues bricht an. Jahreswende! Da pflegen gar manche Menschen ernste, würdige Betrachtungen anzustellen. Der Blick schweift zurück über die Vorgänge und Ereignisse des verflossenen Jahres. Es wird Ausschau gehalten in die kommende Zeit. Sittliche Bräute und löbliche Sitten fordern geradezu heraus zu beschaulicher und bestimmlicher Betrachtung. Silvester, Neujahrsgrüße, Neujahrswünsche! Da bleibt auch der Gewerkschaftsmensch nicht unberührt. Für ihn und seine Gewerkschaftsarbeit ergeben sich besondere Überlegungen. Rückblick, Ausschau sind da besonders erforderlich.

Brachte doch das verflossene Jahr so manche, das Lebensinteresse des Gewerkschaftlers aufs tiefste berührende Ereignisse. 1924 — ein Krisenjahr. Politische und wirtschaftliche und soziale Krisen schwerster Art — lange, lange Jahre des Weltkrieges lechzten die Völker nach Frieden. Für das deutsche Volk mußte selbst nach Abschluß des „Friedensvertrages“ das Verlangen nach wirklichem Frieden noch stärker hervortreten. Unmögliche Anforderungen und Zumutungen brachte dieser Vertrag. Besetzung wichtiger Landesgebiete, Bedrückung des Volkes, Unterwerfung, Bestrafungen, Schmach und Schande. Damals die unerträglichen Wirkungen der Inflation. Geldknappheit, Kreditnot, Arbeitslosigkeit. Im Juli nach der Arbeitslosenstatistik der deutschen Fachverbände 12,5% der Mitglieder arbeitslos. 28,2% mit verkürzter Arbeitszeit. Die Zahl der unterstützten Vollerwerblosen allein im unbesetzten Deutschland am 31. Mai 208 000, am 15. Juni 214 000, am 1. Juli 241 000, am 15. Juli 277 000, am 1. August 328 000, am 15. August 356 000, am 1. September 371 000. — Schreckliche Zahlen!

Nun aber wurden die aller schlimmsten Schäden wenigstens gemildert. Sanierung und Stabilisierung der Verhältnisse traten ein. Das Wirtschaftsleben wurde aus den tiefsten Niederungen wieder emporgeführt. Dawes-Plan und Dawes-Gesetze scheinen doch, nach dem was bis jetzt zu übersehen ist, eine ruhigere Entwicklung zu gewährleisten. Deutschland ist wieder auf dem Wege zur Goldwährung. Handelsvertragsverhandlungen werden wieder geordnete Handelsbeziehungen zum Ausland und

ihren bescheidenen Lebensunterhalt zu erarbeiten. Müssen wir immer wieder die Lage dieser Volksschichten aufdecken? Begegnen uns nicht auf Schritt und Tritt untrügliche Beweise sozialer und wirtschaftlicher Not? Schreit nicht vielfach die Not und das Elend zum Himmel? Lassen wir hier einmal zwei bekannte deutsche Soziologen zu Worte kommen, die in letzter Zeit die sozialen Zustände in ihrer ganzen Tragik geschildert haben. Friedrich Wucherer schreibt in einem Aufsatz „Mich erbarmet das Volk“ u. a.:

„Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes (allenthalben ist's so!) ist nur noch eine einzige leidende, getretene, dumpf grollende Masse. Von einer Reihe von Ungestellten und Beamten der niederen Gehaltsklasse gilt ähnliches. Sie haben zum großen Teil ihr Existenzminimum nicht mehr. Nachdem sie alle ihre Pflichten gegen den Staat erfüllt, nachdem sie in schwerster Zeit „durchgehalten“, nachdem sie den Lockungen der Revolution widerstanden, erhalten sie von diesem Staat dafür als Gegengabe nicht einmal die Möglichkeit einer gesicherten Existenz. Man weiß über diese Massen zu wenig. Leute, denen es gut geht, beachten selten das Los derer, die leiden. Die Spiegelfenster einer wohl ausgestatteten, wohl möblierteren, geheizten, gebohlenen, teppichbelegten, zimmerreichen Wohnung pflegen keine Ausblicke zu bieten in die Keller und Höhlen der Enterten. Mögen endlich die über die soziale Frage schweigen, die niemals unter das Volk gehen und wirklich sehen, wie es lebt. Schweigen sollen sie alle, die nicht einmal an trübem Morgen den Müllern begegnen, die um wenige Pfennige bitten, daß sie ein Brot kaufen für ihre Kinder; die nicht zugehen, wie andere aus den Aschenhaufen, die eine französische Wache auf die Straße wirft, noch ein paar schwarze Diamanten zu finden suchen, die niemals die Händchen eines blaffen Kindes in ihre gesunde Hand genommen, das flüsternd erzählt: Vater ist arbeitslos...; die nicht die Notzeit unterjucht, die in den engen, finsternen, stickigen Stuben das arme „verfluchte“ Leben zu fristen hat; die nicht mit Reden angehört, die laut und im stillen geflüstert werden: Was soll uns das Vaterland? In Ostpreußen kostet ein Zentner Kartoffeln 2 Mark, und wir bezahlen schon sieben und acht. Wo ist die Polizei, die uns schützt vor solchem Raub am helllichten Tage? Die Milch kostet über 30 und 40... und weiß Gott, Pfennig kommt zu Pfennig, und bald ist es ein Groschen und wieder ein Groschen...“

Und Dr. Karl Sonnenschein läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Viele bedrängt die Not des Lebens. Sie möchten Christen sein. Aber die es ihnen zeigen sollten, sind nur lähle Regierer und hölzerne Bretter mit Anschlag. Diese Menschen möchten Kinder haben. Diese Menschen bejahen im Innersten die christliche Ehe und haben ein fernes Gefühl, wie wunderbar die Feinheit einer Kultur ist, über der das Bild einer gotischen Madonna schwebt. Die zermürbende Frau der täglichen Arbeit zerschlägt jeden Madonnastraum. Die graue Dede ihrer Mietkaserne erdrückt jedes blaue Blümchen, das sich herauswagen möchte an ihren Fenstern und in ihren Seelen. Ich schäme mich, in diesem Norden und Nordosten Berlins die sehr Schote zu predigen, wenn ich nicht in rascher Hingabe alle, daß sie erfüllt werden können. Die Not der kindersüchtigen Familie fordert unablässige Sozialreform. Die Mietkaserne ist ein Verstoß an den zehn Geboten Gottes. Das emporstiegt der Großstadt eine Abschmierung der christlichen Kultur. Der Riem der Gesundheit und des Christentums weht nicht um Hinterhäuser und Duerhände. Er verlangt Siedlung, Garten, Spielplatz, Sonne, Luft und Horizont...“

Das sind Einblicke in unsere sozialen Verhältnisse! Wie mancher Arbeiter, wie mancher Familienvater wie da weitere Einblicke gewinnen. Sozialer Mangel und wirtschaftlicher Not würden sich auch dabei an. Mitleidlicher, grell, steigend! Tod, Starbarm, Krankheitslosigkeit, Kurzarbeit. Stagnation nur, aber erwirkt das Leid, das sie für ungezählte Arbeiterkinder in sich bergen?

Aber nicht nur äußere Not lastet schwer auf der Arbeiterschaft. Man denke an die Behandlung der Arbeiter. Ein wichtiges seelisches Problem! Folgen wir

da einmal beispielshalber unserem Reichsarbeitsminister. In einem Schreiben an die deutschen Arbeitgeberverbände hat er zum Ausdruck gebracht, daß Klage geführt wurde, daß bei Entlassungen nicht immer die gebotene Rücksicht auf Alter, Familienstand und Dienstzeit genommen wurde. Arbeitnehmer, welche jahrzehntlang demselben Unternehmen angehört, Verheiratete und Familienväter seien entlassen, jüngere und ledige behalten worden. Die Aufhebung des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920, welcher diesen Uebelständen vorzubeugen geschaffen war, sei in der Ueberzeugung erfolgt, daß sein Inhalt bereits anerkannter Grundsatz und Rechtspflicht sei, da bei seiner Verletzung eine unbillige Härte im Sinne des B. N. G. vorliege.

Gegen die Verabschiedung älterer Arbeitnehmer also wendet sich der Reichsarbeitsminister. Bravo! Aus welchen Gründen? Man denke sich in die Lage eines solchen Arbeitnehmers hinein. Jahrzehntelang hat er manchenmal dem Unternehmen gedient. Gewissenhaft. Seine besten Kräfte ihm dargebracht. Die beste Zeit seines Lebens. Und dann — — ausgestoßen aus dem Betrieb. Der bitteren Unsicherheit des Arbeitsmarktes preisgegeben. Mit Weib und Kindern an der Bettelstube gebracht. In zermürbender Sorge um das Wohl unmündiger Kinder.

Wehe einer Gesellschaft, in der das soziale Gewissen erstarbt. Wehe euch, ihr Arbeitgeber, wenn ihr den Glauben an soziale Gerechtigkeit erlöset, wenn ihr herausreißt aus dem Herzen des Arbeiters das Vertrauen zu euren Brüdern. Wehe, wenn nur kapitalistisch-mammonartige Beweggründe euer Tun diktiert. — Geht hinein in die Versammlungen der Arbeiter, in die Gewerkschaftsversammlungen, und hört zu, wie ehrlich strebende Arbeiter sich gegen solche Behandlung auflehnen. Stoßt diese nicht hinab in das grenzenlose Meer der Unzufriedenen, der Galtlosgeordneten.

Noch nein! Nicht zu den Unzufriedenen, Verbitterten wollen wir gehen. Nicht unnütz haben mit dem Schicksal. Aufrufen zur Gegenwehr! Kampf den ungesunden Zuständen im sozialen und wirtschaftlichen Leben! Hier liegt die große, hehre Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation. Mehr denn je tritt uns angedacht solcher Verhältnisse die unendliche Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Betätigung vor die Seele.

Da brachte das Jahr 1924 mit seinem Jubiläum der christlichen Gewerkschaften neuen Schwung, neue Kraft, neue Anfeuerung! Die großen, dringenden Aufgaben unseres Standes wurden erneut herausgestellt. Neue Wege wurden gewiesen. Weithin erkennbare Leuchttürme für christliche Gewerkschaftsarbeit wurden aufgerichtet.

Daran wollen wir uns für die Zukunft halten. Mit ganzer Hingabe arbeiten an der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben. So bringe uns denn die Jahreswende ein

gesegnetes, glückliches neues Jahr!

S. S.

Der Weg zur Arbeitsstelle

Große Entfernungen als Ermüdungs- und Unfallfaktor

In der „Sonderreform“ lesen wir: „Zwei Heidelberger Hygieniker, E. G. Dreffel und Ch. Grabe, haben eingehende Untersuchungen bei der Arbeiterschaft der bei Heidelberg gelegenen Fuchschen Waggonfabrik angestellt und berichtet über ihre Ergebnisse in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Sie teilten die Arbeiter nach ihrem Alter und der Art des Wohnens in fünf Gruppen ein. Dabei ergab sich, daß die älteren Arbeiter überwiegend in denjenigen Gruppen sich fanden, die der Arbeitsstätte am nächsten liegen. Da die Arbeiter mit langem Arbeitsweg schon fast ermüdet in die Fabrik kommen und durch den Arbeitsprozeß die Ermüdung schneller gesteigert wird, so muß sich das auch in der Unfallgefährdung zeigen. Eine genaue Statistik ergab, daß die geringste Zahl von Unfällen sich bei den im Fabrikort wohnenden Arbeitern findet; sie steigt dann in den anderen Wohngruppen an und erreicht ihren Höhepunkt in der fünften Wohngruppe, die am weitesten entfernt liegt. Ähnliches konnte bei der Zahl der Erkrankungen beobachtet werden. Am wenigsten Krankheits-

ZD 131

verzeihen

und Inhaltsverzeichnis nicht erschienen.

Jahrgang 1925 mit # 52 abgeschlossen.

Erscheinen eingestellt.

Seite 113-114 - überprüngen.

Jan. 28. 4. 26



Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum neuen Jahre

entbieten wir allen Mitgliedern, Freunden und Förderern des Verbandes

herzlichste Glück- und Segenswünsche.

Ein Not- und Kampfsjahr sondergleichen war das verflossene Jahr für die Bauarbeiter. Das neue soll besser werden! Das steht nächst Gott bei uns selbst. Also mit Gott- und Selbstvertrauen an die Arbeit!

Verbandsvorstand, Verbandsauschuss und Schriftleitung.

Zur Jahreswende

Hinter uns liegt das alte Jahr. Ein neues bricht an. Jahreswende! Da pflegen gar manche Menschen ernste, würdige Betrachtungen anzustellen. Der Blick schweift zurück über die Vorgänge und Ereignisse des verflossenen Jahres. Es wird Ausschau gehalten in die kommende Zeit. Sittliche Bräuche und löbliche Sitten fordern geradezu heraus zu beschaulicher und beständlicher Betrachtung. Silvester, Neujahrsgriße, Neujahrswünsche! Da bleibt auch der Gewerkschaftsmensch nicht unberührt. Für ihn und seine Gewerkschaftsarbeit ergeben sich besondere Überlegungen. Rückblick, Ausschau sind da besonders erforderlich.

Brachte doch das verflossene Jahr so manche, das Lebensinteresse des Gewerkschaftlers aufs tiefste berührende Ereignisse: 1924 — ein Krisenjahr. Politische und wirtschaftliche und soziale Krisen schwerster Art. — Lange, lange Jahre des Weltkrieges lechzten die Völker nach Frieden. Für das deutsche Volk mußte selbst nach Abschluß des „Friedensvertrages“ das Verlangen nach wirklichem Frieden noch stärker hervortreten. Unmöglichkeit Anforderungen und Zumutungen brachte dieser Vertrag. Besetzung wichtiger Landesgebiete, Bedrückung des Volkes, Unterwerfung, Bestrafungen, Schmach und Schande. Damit die unerträglichen Wirkungen der Inflation, Geldknappheit, Kreditnot, Arbeitslosigkeit. Im Juli nach der Arbeitslosenstatistik der deutschen Fachverbände 12,5% der Mitglieder arbeitslos. 28,2% mit verkürzter Arbeitszeit. Die Zahl der unterfügigen Vollerwerbslosen allein im unbesetzten Deutschland am 31. Mai 208 000, am 15. Juni 214 000, am 1. Juli 241 000, am 15. Juli 277 000, am 1. August 328 000, am 15. August 356 000, am 1. September 371 000. — Schreckliche Zahlen!

Nun aber wurden die allerschlimmsten Schäden wenigstens gemildert. Sanierung und Stabilisierung der Verhältnisse traten ein. Das Wirtschaftsleben wurde aus den tiefsten Niederungen wieder emporgeführt. Dawes-Plan und Dawes-Gesetze scheinen doch, nach dem was bis jetzt zu übersehen ist, eine ruhigere Entwicklung zu gewährleisten. Deutschland ist wieder auf dem Wege zur Goldwährung. Handelsvertragsverhandlungen werden wieder geordnete Handelsbeziehungen zum Ausland und dadurch hoffentlich günstigere Absatzmöglichkeiten schaffen. Gesteigerte Produktionsmöglichkeit wird dann auch den Weg bahnen zu größerer, innerer Konsolidierung Deutschlands.

Ach ja, größere Konsolidierung im Inneren Deutschlands! Wieder liegt ein Kampf mit seinen aufwühlenden und bergenden Auswirkungen hinter uns. Wieder erleben wir das beschämende Schauspiel einer Regierungskrise, einer Regierungsumbildung, die nicht vom Fleck kommen will. Werden sich die Wirkungen solcher Kämpfe und Auseinandersetzungen auch bei der parlamentarischen Arbeit wieder zeigen? Oder wird endlich einmal die Parteileidenschaft der besseren Einsicht weichen? Neujahrswünsche!

Auch im sozialen Leben tut innere Umkehr und Reform dringend not. Dem Lebenskampfe der Schwachen müssen seine größten Schärpen und Härten genommen werden. Arbeiterchaft und sonstige minderbemittelte Volksschichten haben heute nur den einen Wunsch, endlich wieder einmal zur Ruhe zu kommen und in Ruhe sich

Ihren bescheidenen Lebensunterhalt zu erarbeiten. Müssen wir immer wieder die Lage dieser Volksschichten aufdecken? Begegnen uns nicht auf Schritt und Tritt untrügeliche Beweise sozialer und wirtschaftlicher Not? Schreit nicht vielfach die Not und das Elend zum Himmel? Lassen wir hier einmal zwei bekannte deutsche Soziologen zu Worte kommen, die in letzter Zeit die sozialen Zustände in ihrer ganzen Tragik geschildert haben. Friedrich Muckermann schreibt in einem Aufsatz „Mich erbarmet das Volk“ u. a.:

„Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes (sollten wir's so!) ist nur noch eine einzige leidende, getretene, dumpf grollende Masse. Von einer Reihe von Angestellten und Beamten der niederen Gehaltsklasse gilt ähnliches. Sie haben zum großen Teil ihr Existenzminimum nicht mehr. Nachdem sie alle ihre Pflichten gegen den Staat erfüllt, nachdem sie in schwerster Zeit „durchgehalten“, nachdem sie den Lockungen der Revolution widerstanden, erhalten sie von diesem Staate dafür als Gegengabe nicht einmal die Möglichkeit einer gesicherten Existenz. Man weiß über diese Massen zu wenig. Leute, denen es gut geht, beachten selten das Los derer, die leiden. Die Spiegelfenster eurer weich ausgepolsterten, wohl möblieren, geheizten, gebüherten, teppichbelegten, zimmerreichen Wohnungen pflegen keine Ausichten zu bieten in die Keller und Höhlen der Enterten. Wägen endlich die über die soziale Frage schweigen, die niemals unter das Volk gehen und wirklich sehen, wie es lebt. Schweigen sollen sie alle, die nicht einmal an trübren Morgen den Müttern begegnen, die um wenige Pfennige bitten, daß sie ein Brot kaufen für ihre Kinder; die nicht zugehen, wie andere aus den Alshenhäusern, die eine französische Wache auf die Straße wirft, noch ein paar schwarze Diamanten zu fischen suchen, die niemals die Händchen eines blaffen Kindes in ihre gesunde Hand genommen, das flüsternd erzählt: Vater ist arbeitslos...; die nicht die Notwendigkeit untersuchen, die in den engen, finsternen, stielustigen Stuben das arme „verfluchte“ Leben zu fristen hat; die nicht mit Reden angehört, die laut und im stillen geführt werden: Was soll uns das Vaterland? In Ostpreußen kostet ein Zentner Kartoffeln 2 Mark, und wir bezahlen schon sieben und acht. Wo ist die Polizei, die uns schützt vor solchem Raub am helllichten Tage? Die Milch kostet über 30 und 40... und weiß Gott, Pfennig kommt zu Pfennig, und bald ist es ein Groschen und wieder ein Groschen...“

Und Dr. Karl Sonnenschein läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Viele bedrängt die Not des Lebens. Sie möchten Christen sein. Aber die es ihnen zeigen sollten, sind nur läbliche Begleiter und hölzerne Bretter mit Anschlag. Diese Menschen möchten Kinder haben. Diese Menschen bejahen im Innersten die christliche Ehe und haben ein fernes Gefühl, wie wunderbar die Feinheit einer Kultur ist, über der das Bild einer göttlichen Madonna schwebt. Die zermürbende Frau der täglichen Arbeit zerschlägt jeden Madonnenraum. Die graue Ledeb ihrer Mietkasserne erdrückt jedes blaue Blümchen, das sich herauswagen möchte an ihren Fenstern und in ihren Seelen. Ich schäme mich, in diesem Norden und Nordosten Berlins die zehn Gebote zu predigen, wenn ich nicht in rauherer Sprache helfe, daß sie erfüllt werden können. Die Predigt der kinderlosen Familie fordert unablässige Sozialreform. Die Mietkasserne ist ein Serat an den zehn Geboten Gottes. Das Armenviertel der Großstadt eine Abschmierung der christlichen Kultur. Der Atem der Gesundheit und des Christentums weht nicht um Hinterhäuser und Dackergebäude. Er verlangt Siedlung, Garten, Spielplatz, Sonne, Luft und Horizont...“

Das sind Einblicke in unsere sozialen Verhältnisse! Wie viele Arbeiter, wie mancher Familienvater könnte da weitere Einblicke gewinnen. Doch diese bisher sozialer und wirtschaftlicher Not würden sich auch dabei zeigen. Mitleid, grell, schmerzhaft! Tod, Siedhung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit. Stillschweigen nur, aber wer erwischt das Leid, das sie für ungezählte Arbeiterfamilien in sich bergen?

Aber nicht nur äußere Not lastet schwer auf der Arbeiterschaft. Man denke an die Behandlung der Arbeiter. Ein wichtiges rechtliches Problem! Folgen wir

da einmal beispielshalber unserem Reichsarbeitsminister. In einem Schreiben an die deutschen Arbeitgeberverbände hat er zum Ausdruck gebracht, daß Klage geführt wurde, daß bei Entlassungen nicht immer die gebotene Rücksicht auf Alter, Familienstand und Dienstzeit genommen wurde. Arbeitnehmer, welche jahrzehntelang demselben Unternehmen angehört, Verheiratete und Familienväter seien entlassen, jüngere und ledige behalten worden. Die Aufhebung des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920, welcher diesen Uebelständen vorzubeugen geschaffen war, sei in der Ueberzeugung erfolgt, daß sein Inhalt bereits anerkannter Grundsatz und Rechtspflicht sei, da bei seiner Verletzung eine unbillige Härte im Sinne des B. R. G. vorliege.

Gegen die Verabschiedung älterer Arbeitnehmer also wendet sich der Reichsarbeitsminister. Bravo! Aus welchen Gründen? Man denke sich in die Lage eines solchen Arbeitnehmers hinein. Jahrzehntelang hat er mandmal dem Unternehmen gedient. Gewissenhaft. Seine besten Kräfte ihm dargebracht. Die beste Zeit seines Lebens. Und dann — ausgestoßen aus dem Betrieb. Der bitteren Unsicherheit des Arbeitsmarktes preisgegeben. Mit Weib und Kindern an der Bettelstube gebracht. In zermürbender Sorge um das Wohl unmündiger Kinder.

Wehe einer Gesellschaft, in der das soziale Gewissen erstarrt. Wehe euch, ihr Arbeitgeber, wenn ihr den Glauben an soziale Gerechtigkeit erlöset, wenn ihr herausseht an dem Herzen des Arbeiters das Vertrauen zu euren Brüdern. Wehe, wenn nur kapitalistisch-mammonatische Beweggründe euer Tun diktiert. — Geht hinein in die Versammlungen der Arbeiter, in die Gewerkschaftsversammlungen, und hört zu, wie ehrlich strebende Arbeiter sich gegen solche Behandlung auflehnen. . . . Stoßt diese nicht hinab in das grenzenlose Meer der Unzufriedenen, der Haltlosgeordneten.

Doch nein! Nicht zu den Unzufriedenen, Verbitterten wollen wir gehen. Nicht unnütz haben mit dem Schicksal. Aufrufen zur Gegenwehr! Kampf den ungesunden Zuständen im sozialen und wirtschaftlichen Leben! Hier liegt die große, hehre Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation. Mehr denn je tritt uns angeichts solcher Verhältnisse die unendliche Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Betätigung vor die Seele.

Da brachte das Jahr 1924 mit seinem Jubiläum der christlichen Gewerkschaften neuen Schwung, neue Kraft, neue Aneiferung! Die großen, dringenden Aufgaben unseres Standes wurden erneut herausgestellt. Neue Wege wurden gewiesen. Weithin erkennbare Leuchttürme für christliche Gewerkschaftsarbeit wurden aufgerichtet.

Daran wollen wir uns für die Zukunft halten. Mit ganzer Hingabe arbeiten an der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben. So bringe uns denn die Jahreswende ein

gesegnetes, glückliches neues Jahr!

G. S.

Der Weg zur Arbeitsstelle

Große Entfernungen als Ermüdungs- und Unfallfaktor

In der „Bodenreform“ lesen wir: „Zwei Heidelberger Hygieniker, E. G. Dreffel und Ch. Grabe, haben eingehende Untersuchungen bei der Arbeiterschaft der bei Heidelberg gelegenen Fuchsschen Waggonfabrik angestellt und berichten über ihre Ergebnisse in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Sie teilten die Arbeiter nach ihrem Alter und der Art des Wohnens in fünf Gruppen ein. Dabei ergab sich, daß die älteren Arbeiter überwiegend in denjenigen Gruppen sich fanden, die der Arbeitsstätte am nächsten liegen. Da die Arbeiter mit langem Arbeitsweg schon fast ermüdet in die Fabrik kommen und durch den Arbeitsprozeß die Ermüdung schneller gesteigert wird, so muß sich das auch in der Unfallgefährdung zeigen. Eine genaue Statistik ergab, daß die geringste Zahl von Unfällen sich bei den im Fabrikort wohnenden Arbeitern findet; sie steigt dann in den anderen Wohngruppen an und erreicht ihren Höhepunkt in der fünften Wohngruppe, die am weitesten entfernt liegt. Ähnliches konnte bei der Zahl der Erkrankungen beobachtet werden. Am wenigsten Krankheits-

fälle kamen bei den beiden Wohngruppen vor, in denen der Arbeitsweg am kürzesten und leichtesten war. Schließlich ist auch die Ausnutzung der Arbeitszeit bei den weiter entfernten Wohnenden wesentlich ungünstiger als bei den am Wohnort Arbeitenden; die Stunden- und Tagesverräumnisse nehmen mit der größeren Entfernung von der Arbeitsstätte zu. Die „Wohnwanderungen“, wie die Verfasser die längere Hin- und Rückfahrt der Arbeiter zur Fabrik nennen, „verursachen also körperliche, wirtschaftliche und wahrhaftig auch seelische Schäden, und bedürfen der Abhilfe.“

Diese Untersuchungen sind für die jetzt zeitgemäßen Fragen, z. B. der Produktionssteigerung, sehr wertvoll. Wer die oft mehrstündigen Wege von der Wohnstätte zur Arbeitsstätte beispielsweise im rheinisch-westfälischen oder im obereschlesischen Industriegebiet, in Groß-Berlin, im industriellen Neuland der Bitterfelder oder Merseburger Gegend kennt, der kann sich von dem großen Umfang dieser Mißstände und von der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Kräfteverschwendung einen Begriff machen. Auf Veranlassung des Bitterfelder Kreisausschusses hatte man z. B. eine Erhebung über die von den Angestellten und Arbeitern zurückgelegten Wege von der Wohnstätte bis zur Arbeitsstätte angestellt. Dabei wurde die Feststellung gemacht, daß von 29 336 Arbeitern 8989 Arbeiter über 30 Kilometer und 216 Arbeiter sogar über 50 Kilometer vom Arbeitsort entfernt wohnten und diesen Weg tagtäglich zurücklegen hatten. So wird aus dem Achtstundenein- und Sechzehnstunden-Arbeitsstag!

Eine der Ursachen der immer mehr überhand nehmenden menschlichen Unfälle der Straßenbahn ist die Ermüdung der überarbeiteten und ungünstig wohnenden Fahrer.

Schnelle und umfassende Hilfe tut not. Das in letzter Zeit oft angeschnittene Problem der Werksausbildung, bei dem einige wichtige und gut rechnende Unternehmer vorbildlich vorgegangen sind, muß zur Tat werden. Die Vereinstellung von Werkswohnungen liegt im Interesse der Rentabilität eines Unternehmens. Dem Tausch von Wohnungen, der wesentlich zur Verkürzung des langen Weges von der Wohnstätte zur Arbeitsstätte beiträgt, müssen die noch bestehenden kleinen gesetzlichen Bestimmungen und vor allem die Gebühren erlassen werden. Wenn der Arbeitgeber, der ja an einer leistungsfähigen, arbeitstüchtigen Belegschaft interessiert ist, die für den Arbeitgeber nicht tragbaren Umzugskosten ganz oder teilweise vergütet, so würde bei vielen der Weg von der Wohn- zur Arbeitsstätte verkürzt werden, bis durch konsequente Förderung der Neubautätigkeit ein gesunder Ausweg aus allen diesen Notlagen geschaffen werden kann.

Bemerkung der Schriftleitung: Es ist wertvoll, daß hier einmal von wissenschaftlicher Seite auf den äußerst wichtigen Zusammenhang von Arbeitszeit und Weg zur Arbeit hingewiesen wird. Für die Bauarbeiter liegen die Verhältnisse in dieser Hinsicht vielfach ja noch ungünstiger. Man kann sagen, daß für sie der weite Weg zur Arbeit geradezu die Regel bildet. Sie haben auch meist nicht die Möglichkeit, ihre Wohnung in die Nähe der Arbeitsstellen zu verlegen, auch bei normalem Wohnungsmarkt nicht, weil eben die Arbeitsstellen im Baugewerbe andauernd wechseln. Von dieser Seite des Bauarbeiterlebens reden unsere Arbeitgeber nicht gern. Den Bauarbeiterverbänden gibt sie dagegen Veranlassung, sich mit aller

Kraft für die Verbehalten des Achtstundentages einzusetzen und darauf zu drängen, daß notwendige Ausnahmen wirklich Ausnahmen bleiben und daher von vornherein als solche gekennzeichnet werden. Die Wünsche der baugewerblichen Arbeitgeberverbände verlaufen bekanntlich in anderer Richtung.

Ein Wort an die Gleichgültigen und Unzufriedenen

Auch im Leben eines Standes hat jede Erscheinung ihre Ursache. Zehn Jahre der Not und des Elends, zehn Jahre der Unterernährung und Verzerrung liegen hinter uns. Die lange Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter, dazu bis jetzt die niedrig gehaltenen Löhne und die dauernd steigende Verteuerung aller Bedarfsgegenstände machen das Maß voll. Je mehr nun die Not steigt, um so höher steigt die Unzufriedenheit und Verbitterung bei manchen Kollegen. Vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet ist diese Verbitterung zu verstehen.

Aber nicht zu verstehen und auch nicht mehr zu ertragen ist die Sucht so mancher Mitglieder, für alle Uebel den Verband haftbar zu machen und den persönlichen Anmut an den Funktionen des Verbandes, vornehmlich an den Angestellten und Hauskassierern, auszulassen. Auch in den Versammlungen kommt diese unerfreuliche und unfruchtbare Stimmung zum Ausdruck, besonders bei Erörterung der Beitragsfrage. Manche Kollegen können immer noch nicht verstehen, warum der erhöhte Beitrag gezahlt werden muß.

Diese Unzufriedenheit ist falsch und verkehrt. Man erkennt vollständig die Lebensnotwendigkeiten des Verbandes. Und sind denn die Mitglieder unschuldig an dem Zustand, der höhere Beiträge gebieterisch notwendig machte? Laß mich offen reden, Freund!

Kein Kollege hat in der Inflationszeit den jahungsmäßigen Beitrag gezahlt. Welcher Kollege hat wohl wöchentlich einen Stundenlohn als Beitrag entrichtet? Besonders im zweiten Halbjahr 1923 sind noch nicht einmal 40 bis 50 Prozent, ja manchmal noch nicht 10 Prozent gezahlt worden. Zuletzt wechselte der Lohn jede Woche, und nur im allergünstigsten Falle wurde der Beitrag nach dem Stundenlohn der Vorwoche erhoben. Dazu kam dann noch, daß es nicht wenige Kollegen gab, die wochenlang im Rückstande blieben und somit ihre Beiträge in vollständig entwertetem Gelde entrichteten. Die Folge war dann, daß die entwerteten Gelder bei Ablieferung an die Verwaltungsstellen in vielen Fällen, die nachzuweisen sind, nur noch Wert als Altpapier beanspruchen konnten. So sah es in Wirklichkeit aus. Das sollten vor allem jene bedenken, die heute nicht laut genug über die geringen Leistungen des Verbandes schimpfen können.

Als dann die Marktstabilisierung kam, standen mehr oder weniger alle Verbände vor einem Nichts, weil das wenige noch vorhandene Geld auch entwertet war. Fast alle Unterstellungen mußten abgebaut werden, welches mancher Kollege bitter empfunden hat. Dazu kam dann noch die große Arbeitslosigkeit, die keinen Aufbau des

Verbandes zuließ. Diese Schwäche machten sich die Arbeitgeber zunutze, indem sie nach Weihnachten 1923 die Stundenlöhne willkürlich herabsetzten. Der Kampf wurde sofort aufgenommen, um noch weitere Lohnherabsetzungen abzuwehren. Als im Frühjahr neue Lohnforderungen gestellt wurden, lehnten die Arbeitgeber durchweg ab. Derartige Kampfmaßnahmen zur Erzielung höherer Löhne beantworteten sie mit der Aussperrung ganzer Bezirke. Nur wenige Gebiete blieben davon verschont. Bei ernstlichem Nachdenken muß doch jedem Kollegen klar sein, daß die Hauptkasse bei solchen Verhältnissen kein größeres Vermögen anjammeln konnte.

Im laufenden Jahr wurden die eingehenden Gelder größtenteils von den zahlreichen Aussperrungen verschlungen, so daß die Hauptkasse wieder leer ausging. Welche Riesensummen hier draufgegangen sind, wird an dem Beispiele klar, daß die Unterstützung von 10 000 Aussperrten bei einem durchschnittlichen Unterstützungssatz von 12 Mark während einer einzigen Woche die Summe von 120 000 Mark erfordert. Und diese Kämpfe wurden um die allerelementarsten Grundlagen der Arbeiterexistenz geführt, um die Fragen Arbeitszeit und Lohn. Will ein Kollege behaupten, sie seien umsonst geführt? Gewiß blieben manche unserer Wünsche unerfüllt. Aber es geht uns auch besser als den Arbeitern vieler anderer Berufe. Wie viel besser noch könnten die Ergebnisse sein, hätten alle Bauarbeiter treu und pflichtgemäß ihren gewerkschaftlichen Strang gezogen!

Darum im neuen Jahr Schluß mit aller Gewerkschaftsverdroffenheit und der, ach, so wortreichen, aber talentarmen Verbitterung. Es wird sich am Ende der Arbeiterjahre nichts ändern, wenn sie nicht selber tatkräftig die Hände regt. Das war früher so und wird auch künftig immer so sein. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer nicht sät, soll auch nicht ernten.“ Das haben wir den Unorganisierten mit aller nur notwendigen Deutlichkeit einzuschärfen. Und wenn um höhere Löhne gekämpft werden muß, dann heißt es auch Opfer bringen. Hier bewegen sich viele Kollegen in einem merkwürdigen Widerspruch. Nicht nämlich eine Lohnerhöhung nicht aus, dann fordern sie Kampf gegen das Unternehmertum bis aufs Messer. Wird vom Vorstand oder dem Führer ein Wort der Verständigung gesprochen, weil er die Lage besser überblickt und sich nur im Rahmen des Erreichbaren bewegen kann, dann schimpft man ihn „Brentjer“. Sagt er aber: „Gut! Wir nehmen den Kampf auf. Aber zum Kämpfen gehört Geld und deshalb muß ein höherer Beitrag gezahlt werden“, dann schimpfen sie wieder — auf die „hohen“ Beiträge. So geht es nicht. Die Verbandshauptkasse kann bei Kämpfen immer nur das Geld ausgeben, das sie vorher eingenommen hat. Ich bestreite übrigens, daß der Verbandsbeitrag ein „Opfer“ ist. Weil der Er kämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienend, ist er das bestangelegte Sparkapital, das zeh-, zwanzig- und hundertfältige Zinsen trägt.

Zur Zeit der Verbandsgründung ging es der Bauarbeiterschaft ähnlich schlecht wie heute oder noch schlechter. Es ist in der Folgezeit besser geworden, weil Kämpfer- und Opfergeist in dem damaligen Bauarbeitergeschlechte lebte. Kämpfer- und Opfergeist

Neujahr 1925

Deutscher Kämpfer,
Du, in Sklavenketten gezwungen,
Sast nun wieder ein Jahr gerungen
Lapser und Stak zum Tor
Lichter Freiheit empor!

Schaffe und dulde!
Sas dich manche Krühal betroffen,
Der zum Schwachen ein Weg stets offen,
Manch Erhofftes wurde auch wahr,
Augen klar!

Schweig und kämpfe!
Srei wird sich die Arbeit siegen,
Recht und Leben kann nicht lügen!
Wer nicht müde stille steht,
Wird ethy!

Georg Kowotnik.

Vom Werden des deutschen Staates

XVII.

Drei Punkte Pfeiler des Deutschtums sind in dem allgemeinen Chaos, das der Krieg hinterließ, stehen geblieben: die deutsche Einheit, die deutsche Wirtschaft und der Karte, deutsche Geist.

Bismarcks Wert hat trotz aller Prüfungen des Schicksals und aller Anschläge feindlicher Seite standgehalten. Sein Kitt war und bleibt die naturhafte, enbliche Erfüllung jahrhundertalter, deutscher Sehnsucht. Ja, man darf sich sogar der Hoffnung hingeben, daß die Einheit eines Großdeutschlands ein jetzt, nach Zerstückelung der Habsburger Monarchie, vollendet werden wird. Ein Hindernis in träger Zeit! Noch verhindert feindlicher Vandalismus trotz Selbstbestimmungsrechtes der Völker das Aufblühn Deutsch-Österreichs, aber auch hierfür wird die Zeit reifen. Es dahin ist es unsere Aufgabe, zu

ermüdtlich den kulturellen Zusammenhang, den niemand wehren und verbieten kann, lebendig zu erhalten und zu stärken.

Außenpolitisch ist unser Vaterland vor der Hand so gut wie ohnmächtig. Da keine reale Macht hinter dem politischen Willen steht, ist dieser zur Fruchtlosigkeit verurteilt. Geschickte Unterhandlungen vermögen nur schwachen Ertrag zu bieten. Doch ist für die nächste Folgezeit die Außenpolitik — verbunden durch tausend Verwicklungen mit der inneren — durch das Dawes-Abkommen in festerer Bahnen gelenkt. Auf der Tagesordnung der nächsten Zukunft wird noch Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund stehen. Doch wird die Entscheidung hierzu nur unter großer Vorsicht getroffen können, da Deutschland dort nicht nur geduldet sein darf, sondern als gleichberechtigt gelten muß. Dazu ist aber vor allem erforderlich, daß vor aller Welt die Kriegsschuldfrage zuridgen, unnen wird, damit in Genj das deutsche Ehrenschid makellos erscheine.

Am schlimmsten und für den Bestand des Deutschen Reiches am gefährlichsten waren seit Kriegsende und mit Beginn der Revolution die innerpolitischen Wirren. Sie standen zumeist in ursächlichem Zusammenhang mit der Umbildung der Staatsform von der Monarchie zur Republik. Die neue Verfassung wurde 1919 von der Rationalversammlung in Weimar gegeben, wo die ungruppierten Parteien sich zusammenfanden. Sicher hat die junge Staatsform, die noch über keinerlei Tradition verfügt, mancherlei Mängel. Der erste ist vielleicht das Wahlrecht, „das demokratischste der Welt“, selbst. Man denkt an den Spruch: Das peinlichste Recht ist oft das höchste Unrecht. Keine Stimme im ganzen Reich soll verloren gehen. Dadurch muß die Wahl zur unpersonlichen Listenwahl werden, und dadurch wird eine gefährliche Zersplitterung der Stimmen und Parteien gefördert. Eine Mehrheit, die in viel höherem Maße regierungsfähig ist, würde vielleicht durch Wahlen mit einfacher Majorität erzielt. Die kleinen Parteien müßten dann verschwinden, die starken kämpfen um Verantwortung und Macht, etwa wie in England.

Ein weiterer Mangel, gleichfalls im Zusammenhang mit der Jugend der Republik, ist unzweifelhaft das „Füttertruppenystem“, nach dem hohe und höchste Posten ohne gründliche Rücksicht auf Eignung mit Parteileuten

besetzt werden. Diese Methode wurde üblich von Subalternbeamten bis zur Ernennung von Schulleitern und Fachministern. Hier ist noch vieles verbesserungsfähig, indem nach Gerechtigkeit nur Charakter und Fähigkeiten zur Führung des Amtes für seine Besetzung maßgebend sein dürfen.

Der zerstörendste und unheilvollste Bazillus im innerpolitischen Leben aber war und ist immer noch die Vergiftung der öffentlichen Meinung. Die Hauptquelle hierfür ist der Streit um die Schuld am unglücklichen Kriegsausgang. Einige Schlagwörter genügen zur Kennzeichnung des Gemeinen: Dolchstoßlegende, der „wahnwitzig gewordene Rabatt“ Ludendorff, Munitionsarbeiterstreik, Friedensresolution, alldutsche Bahnwitwenprämie usw. Aus dieser Atmosphäre heraus gart und schwärzt es immer wieder. Hier muß ein Ausgleich gefunden werden, daß man das Vergangene vergangen sein läßt, es als Schicksal aufsaugt und aufbauend alle Kräfte einsetzt, statt rückschauend, wie Lots Weib, zur Salzsäule zu erstarren. Hierher gehört auch der Streit um Monarchie, Demokratie oder Räterepublik. Nach den erfolglosen kommunistischen Unruhen, dem Kapp-Putsch und dem Hitler-Ludendorff-Intermezzo sollte es endlich genug des grausamen Spiels sein und alle Kräfte als staats-erhaltende Faktoren eingesetzt werden.

Leicht begreiflich ist es, daß bei der inner- und außenpolitischen Schwäche der jungen Republik auch Kräfte versuchten, die Macht an sich zu reißen, dem Kräfte sind Naturerscheinungen, die keinen leeren Raum dulden. So hatte während des Krieges die starke militärische Leitung die Führung der schwachen politischen entzogen, obwohl gewiß der Politik der Vorrang vor dem Militär gebührt, wie dem Meister über dem ausführenden Werkzeug. Die Folgen waren unheilvoll, aber wenn man einen Schuldigen suchen will, dann muß man ihn in der schwachen Politik finden. Neulich versuchte nach dem Kriege die relativ stark gebliebene Wirtschaft den Primat vor der Politik zu bekommen. Zeitweise konnte man von einer industriellen Nebenregierung sprechen. Demgegenüber muß die Autorität des Staates und der Politik unbedingt voll durchgesetzt werden.

Andererseits ist es selbstverständlich in höchstem Maße erfreulich, daß unsere Industrie trotz aller Drosselvor-

und eine geschlossene Solidarität sind auch heute die Voraussetzungen für einen neuen Aufstieg unseres Landes.

Verlängerte Anmeldefrist in der Aufwertung

Die Einhaltung der gesetzlichen Anmeldefrist ist von außerordentlicher Bedeutung für alle an der Aufwertungsfrage interessierten Volksgenossen. Durch eine Verortnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924 wurden die Fristen zur Anmeldung bis zum 31. März 1925 verlängert.

Bei Sparassessoren haben muß die Aufwertungsantragstellung von den durch die Inflation enteigneten Sparern bei der Aufwertungsstelle bis zum 31. März 1925 angemeldet sein, um berücksichtigt zu werden.

Bei den Lebensversicherungen empfiehlt es sich, auch bei der betreffenden Versicherungsanstalt einen Antrag auf Aufwertung bis zum 31. März 1925 zu stellen.

Bei Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden, Reallasten usw. muß der Aufwertungsschuldner seine früher eingegangene Schuld bis zum 31. März 1925 bei der Aufwertungsstelle seines Ortes oder Bezirkes anmelden.

Eine höhere Aufwertung der Hypotheken als 15 Prozent ist in bestimmten Fällen zulässig, wenn die Forderungen auf den Beziehungen zwischen unterhaltungsberechtigten und unterhaltungspflichtigen Personen oder auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung zwischen Miterben, geschiedenen Eheleuten, Erben und Pflichtteilsberechtigten oder Eltern und Kindern beruhen.

Was aber vor allen Dingen keinem feindlichen Eingriff ausgesetzt ist, das ist der deutsche Geist. Für ihn bedeutet der unglückliche Krieg sogar in mancher Beziehung Befreiung. Der vor dem Kriege jaft unumschränkt herrschende Materialismus hat zwar vielfach noch eine Steigerung erfahren, gerade bei den Besten aber ist er durch die Not in Vertuschung geistiger Güter und echter Kultur umgewandelt worden.

Was aber vor allen Dingen keinem feindlichen Eingriff ausgesetzt ist, das ist der deutsche Geist. Für ihn bedeutet der unglückliche Krieg sogar in mancher Beziehung Befreiung. Der vor dem Kriege jaft unumschränkt herrschende Materialismus hat zwar vielfach noch eine Steigerung erfahren, gerade bei den Besten aber ist er durch die Not in Vertuschung geistiger Güter und echter Kultur umgewandelt worden.

Tief gedemütigt und gefallen sind wir, aber zur deutschen Verzweiflung liegt kein Grund vor. Wir sind alles in allem ein 100-Millionen-Volk voll Arbeitskraft und Arbeitswillen und alter Weltkultur.

Ende.

Georg Nowotnik.

Am 3. Januar 1925 ist der erste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

Als Aufwertungsstellen gelten grundsätzlich die Amtsgerichte. Bei Pfandbriefen können die Hypothekenbanken, bei Sparassessoren die Sparassessoren und bei Lebensversicherungsansprüchen die betreffende Lebensversicherungsanstalt Aufwertungsstelle sein.

Zur Neugestaltung der Lebenshaltungs-Indexziffer

haben sich die gewerkschaftlichen Spitzenverbände am 12. Dezember 1924 mit einer gemeinsamen Eingabe an die zuständigen amtlichen Stellen gewandt. Die Eingabe der Gewerkschaften lehnt den bestehenden Index überhaupt ab, weil er als reiner Bewegungszindex doch nicht der wirklichen Teuerung entspricht, deren Feststellung für Reallohnvergleiche notwendig ist.

Die Gewerkschaften betonen besonders auf die außenpolitischen Gefahren, die mit dem jetzigen unzulänglichen Index verbunden sind. Jede Indexziffer, die etwa sich nur zum Ziel setzt, die Preisbewegung der Waren und Gegenstände zu verfolgen, die heute (in Mischung, Qualität und Menge) den Verbrauch im Rahmen der gedrückten und geschmälernten Lebenshaltung der Gegenwart ausmachen, kann kein richtiges Bild geben von dem Zurückbleiben der heutigen Lebenshaltung hinter derjenigen der Vorkriegszeit.

Für die Zwecke des praktischen Gebrauchs und ganz besonders um festzustellen, um wieviel die gegenwärtige Lebenshaltung sich gegenüber derjenigen der Friedenszeit wirklich verändert hat, halten die Gewerkschaften eine völlig neue Indexziffer für notwendig. Sie schlagen vor, bei der Bildung dieser neuen Indexziffer wie folgt zu verfahren:

Damit der Kulturbedarf im Rahmen des der Indexziffer zugrunde liegenden Gesamtbudgets nicht zu klein wird, schlagen wir vor, daß für die Gruppe dieser sonstigen Ausgaben eine besondere Gewichtung vorgenommen wird, und zwar in der Höhe, die man bei Haushaltsrechnungen erfahrungsgemäß als Anteil an den Gesamtausgaben vorfindet.

Ähnlich muß bei der künftigen Feststellung des Anteils für die Wohnungsmiete verfahren werden. Es steht fest, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung eine weit höhere als die gesetzliche Miete bezahlen muß. Wir erinnern nur an die möbliert wohnenden Untermieter, an die Bewohner neuer Wohnungen und an diejenigen, die in den Besitz einer alten Wohnung nur durch Anwendung großer Auskaufsummen, Umzugslostenzuschüsse usw. gelangt sind.

Schließlich würde noch ein weiterer Zuschlag zu rechtfertigen sein, weil infolge des Wohnungsmangels und der dadurch stark gehinderten Freizügigkeit die sogenannte lokale Qualität, d. h. die Güngigkeit der Lage der Wohnung in bezug auf den Ort der täglichen Arbeit sich ebenfalls außerordentlich verschlechtert hat.

sich nun der gesetzliche Mietpreis, so sind diese prozentualen Zuschläge natürlich immer wieder auf den neuen Preis solange zuzuschlagen, als die oben aufgezählten Zusatzwohnungskosten, die früher nicht bestanden haben, weiter bestehen.

Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Teile des Lohnes und Gehaltes, die von dem Arbeitnehmer als Einkommensteuern und Sozialbeiträge ausgegeben werden, ebenso Teile der Lebenshaltung sind, wie die in den Warenpreisen erscheinenden indirekten Steuern usw.

Allgemeine Rundschau

Nicht soziale Reaktion, sondern soziale Reform!

Die am 16. Dezember in Köln versammelten Präsidien der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln nahmen zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft einstimmig folgende Entschlieung an:

„Bischof und Katholikentag haben der wirtschaftlichen Verständigung und vor allem dem Schutze der Arbeiterschaft in eindringlicher Weise das Wort geredet. Das ist die Stimme der Kirche, die Stimme des Christentums.“

Witternde aber treten mehr und mehr unruhige Führer der Industrie auf, die da glauben und verkünden, jetzt sei die Stunde gekommen, die ganze Macht der Industrie dafür einzusetzen, den Arbeitern rücksichtslos den Willen der Arbeitgeber aufzuzwingen. Sie erstreben Niedrighaltung der Löhne trotz steigender Teuerung, Arbeitszeitverlängerung, Beseitigung des Tarifzwanges, Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens, Beseitigung des Arbeitsministeriums und des Volksratsministeriums, Beseitigung der Betriebsvertretung und der gewerkschaftlichen Vertretung, Abbau der Sozialversicherung.

Nach dieser Methode ist Deutschland nicht aufzubauen. Diese Methode führt zur Katastrophe. Deshalb sprechen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen aus. Wir Seelsorger und Arbeiterpräsidenten, die wir im Volke leben und wirken, sehen die gegenwärtige furchtbare geistige und wirtschaftliche Not der Arbeiterwelt, sehen, wie die Menschen äußerlich und innerlich zermürbt und aufgerieben werden, wie das Familienleben zerstört und das religiös-sittliche Leben des Volkes ruiniert wird.

Darum appellieren wir an den christlichen Teil der Arbeitgeber und bitten und beschwören sie, andere Wege zu beschreiten, als von den Führern der Industrie empfohlen werden, solche Wege nämlich, die mit der gebotenen christlichen Liebe in Einklang stehen und allein uns zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Volksgemeinschaft führen. Die katholische Arbeiterschaft bitten wir dringlichst, dessen stets eingedenk zu bleiben, daß nur im Geiste des Christentums die Wunden der Jetztzeit zu heilen sind und der gedrückten Menschheit Erlösung gebracht werden kann. Darum möge sie im Anschluß an die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine ihre Berufs- und Standesinteressen pflegen und fördern. Das ganze katholische Volk aber rufen wir auf, sich mit ganzem Herzen wieder der sozialen Reformarbeit zuzuwenden.“

„Wahlgedanken eines Bauarbeiters“

veröffentlichte „Die Welt am Abend“ (Berlin). Nach dem Bekenntnis: „Ich gehöre keiner Partei an, habe aber bis jetzt immer sozialdemokratisch gewählt, diesmal ist es mir aber unmöglich“, schreibt dieser Berufscollegen:

„Was ist das überhaupt für ein Geschimpf auf die Kommunisten? Was sind denn die Kommunisten? Ehemalige Sozialdemokraten, die nur das wollen, was die Sozialdemokraten wollten, als sie noch eine ehrliche Klassenkampfpartei waren. Was hat man denn früher im „Vorwärts“ weiter gelesen, wie „Blutlanger“, „Ausbeuter“ und dergleichen. Mich als besonnenen Arbeiter hat es manchmal angewidert. Darum also wähle ich kommunistisch, ob dann unsere ganze Lage verbessert wird, wenn sie durchkommen, weiß ich nicht, aber verächtlicher wird sie sich auf keinen Fall.“

Der Sozialdemokratie werden diese Anklagen nicht gerade angenehm in den Ohren klingen. Jede Schuld rückt sich auf Erden!

Verantwortungslose Behauptungen

Ein Dr. Erich Becker hat eine kleine Schrift über die Tarifnormen-Kollision geschrieben. Im groben und ganzen ist das Buch, vom juristischen Standpunkt aus betrachtet, ziemlich vernünftig. Es findet sich jedoch darin auf Seite 25 folgende Stelle:

„Jedem Praktiker ist es bekannt, wieviel Reid und Unfrieden innerhalb der Belegschaft entsteht, wenn eine Arbeiterzahl von Arbeitnehmern höhere Löhne als die Mehrzahl erhält, nur weil sie einem Verbände angehören, der einen günstigeren Tarifvertrag durchdrücken konnte. Ueberlegt sich dann der Arbeitnehmer nicht, daß die höheren Löhne doch nur auf die günstigere Marktlage des berufsständigen Gewerbes zurückzuführen sind, d. h. auf die Monopolstellung der Bauarbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber und auf den Saisonbetriebscharakter des Baugewerbes, so veranlaßt ihn das seinerseits zu höheren Lohnforderungen, ohne Rücksicht darauf, ob die Wirtschaftslage seines

Gewerbes auch tragfähig genug ist. Die Uebung der Bauarbeiter bildet das beste Beispiel für verantwortungslose Lohnforderungen. Ihre Löhne sind von jeher die höchsten gewesen, weil nur im Sommer gebaut wird, der Maurer also für den winterlichen Lohnausfall ein Äquivalent in Gestalt höherer Sommerlöhne braucht. Arbeitet er dann aber im Winter als Härtmaurer, so leidet er sein Argument dahin um: Weil ich im Sommer höhere Löhne bekomme, muß ich auch im Winter nach Bautarif entlohnt werden, denn nach dem Willen des Gehegebers soll dem Arbeitnehmer stets die ihm günstigere Regelung zugute kommen. Demgegenüber muß betont werden, daß das Wirtschaftsleben nach seinen eigenen Gesetzen lebt, daß die Tragfähigkeit eines Gewerbezweiges auf der jeweiligen Marktlage und auf Finanzierungsgegebenen beruht, die nicht für jedes Gewerbe die gleichen sind.

Nicht die Bauarbeiter stellen verantwortungslose Lohnforderungen, sondern Dr. Erich Becker stellt verantwortungslose Behauptungen auf. Unwahr ist es, daß die Bauarbeiter ihren Arbeitgeber gegenüber eine Monopolstellung einnehmen. Ueber eine solche Behauptung werden am meisten unsere Unternehmer lachen. Unwahr ist weiter die Behauptung, die Bauarbeiterlöhne seien „von jeher die höchsten gewesen“. Das war früher und trifft gegenwärtig nicht einmal auf die Wochenlöhne, geschweige denn auf das Jahresinkommen der Bauarbeiter zu. Warum sieht sich dieser Dr. Erich Becker nicht, ehe er seine phantastischen Behauptungen krumm- und bedenkenlos der Öffentlichkeit übergibt, die amtliche Lohnstatistik an? Ebenso leichtfertig ist die ganz allgemein aufgestellte Behauptung, daß im Winter in Fabriken untergekommenen Maurer forderten Entlohnung nach dem Bautarif. Will Herr Dr. Becker uns einmal sagen, wo derartige Lohnbewegungen von den Fabrikmaurern geführt worden sind? Tatsächlich waren in allen bisher für allgemeinerbindlich erklärten Reichstariiverträgen des Baugewerbes Bauarbeiter, die in industriellen Betrieben ständig mit Reparaturarbeiten beschäftigt werden, ausdrücklich von der Allgemeinerbindlichkeit des Bautarifes ausgenommen. Das von Herrn Dr. Becker gewählte Beispiel stimmt also nicht, weder was die bisherige Praxis noch was die Rechtslage angeht. Grundsätzlich bekennen wir uns durchaus zu der Forderung, daß jede Bauarbeit mit dem Bauarbeiterlohn zu bezahlen ist.

Wie es gemacht wird

Die Arbeiter der Hochofen- und Kokerbetriebe führen durch ihre Gewerkschaften seit Monaten einen zähen Kampf um die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit. Der Reichsarbeitsminister ist auch gewillt, eine dementsprechende Verordnung zu erlassen. Das darf nach dem Willen der Hütten- und Hochofengewerkschaft nicht sein. Welcher schädigen Mittel sie sich dabei bedienen, zeigt nachfolgende Abschrift eines Schreibens des Arbeitgeberverbandes:

Arbeitgeberverband

Herr Heberarbeit Gruppe Korbwest

An unsere Herren Mitglieder!

Hierdurch zur gefl. Nachricht, daß wir laut Beschluß unserer Sitzung großen Wert auf Ueberstunden legen, besonders bei den Gruppen

Schwerarbeiter,

um bei den kommenden Arbeitszeitverhandlungen mit greifbaren Belegen entgegenwirken zu können.

Sie bitten hiervon Kenntnis nehmen zu wollen und uns diesbezügliches Material sofort, zum mindesten aber bis zum 31. Dezember 1924 zuzusenden. gez. J. A. Raabe.

So wird es gemacht. Hat man nicht „wirtschaftliche Notwendigkeiten“, so werden sie künstlich herbeigeführt. Ist das die „ehrliche Verständigung“ mit der Arbeiterschaft, von der die Unternehmer in ihren öffentlichen Verlautbarungen so viel reden? Sie dürfen versichert sein, daß die Arbeiterschaft zwischen Worten und Taten sehr wohl zu unterscheiden weiß.

Ein Einspänner

In Nr. 21 der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ äußert sich ein evangelischer Pastor Dr. W. Boudriot-Vonn zur sozialen Frage. Dabei schreibt er auch folgenden Satz:

„Darum wird trotz aller Arbeiterfreundlichkeit die evangelische Kirche unter den heutigen Umständen mit der Arbeitgebererschaft vollkommen einig gehen in der Frage der Arbeitszeit und in der Behandlung anderer Revolutionserscheinungen.“

Also von vornherein und bedingungslos und ohne danach zu fragen, ob denn die Politik der Unternehmer in den genannten Fragen stets auch sittlich und sozial gerechtfertigt sei, will dieser Vertreter des geistlichen Amtes mit den Unternehmern einig gehen. Wir bezweifeln sehr, daß es auch nur einen einzigen evangelischen Pfarrer in Deutschland gibt, der diesen extrem einseitigen Standpunkt teilt. Jedenfalls hat Herr Dr. Boudriot nicht das mindeste Recht, namens der evangelischen Kirche zu sprechen. Diese hat in ihren neueren offiziellen Kundgebungen laut und eindringlich betont, daß sie nicht soziale Reaktionen, sondern soziale Reform will. Wir erinnern uns auch der Kundgebungen evangelischer Geistlicher, die in der Frage der Sonntagshheiligung scharf gegen die Arbeitszeitpolitik der Unternehmer Stellung nahmen.

Sovon weiß natürlich die „Gewerkschaftszeitung“ des sozialistischen Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes nichts. Sie benutzt den Artikel des Herrn Dr. Boudriot im „Arbeitgeber“ zu einer Hege gegen beide christliche Religionsgemeinschaften. Wenn sie („Die Kirche zur so-

zialen Frage — auch eine Weismachs-Brief“, Nr. 52/1924) schreibt: „Wir müssen auch, daß jahrzehntelang die katholische Geistlichkeit bis zum Papst hinauf ganz offiziell gegen die Gewerkschaftsbewegung Stellung nahm, und noch heute ist ein Teil dieser Seelenhirten von diesem Standpunkte nicht ganz abgekommen“, so ist das kaum weniger als eine bewusste Unwahrheit. — Weiter heißt sie: „Noch haben wir von keiner Enzyklika gegen die Kapitalisten aller Länder, von keinem Hirtenbrief gegen die Ausbeutung, von keiner Predigt gegen die wachsende Verberberung weitester Volksschichten gehört, obwohl es in den Kreisen der gesamten Arbeitererschaft furchtbar gärt.“ Natürlich! Dem fanatischen Religionshass das Gehirn bereits soweit verkleistert hat, daß er unempfindlich geworden ist für das, was außerhalb der eigenen Pforten passiert, dem ist auch von einem Vorgehen der christlichen Kirchen gegen den unsozialen Zeitgeist nichts bekannt. In Wirklichkeit war die Sprache beider christlicher Kirchen auf diesem Gebiete gerade im letzten Jahre sehr vernehmlich und deutlich; man kann geradezu von einer Säufung kirchlicher Kundgebungen zur sozialen Frage sprechen. Der christlichen Arbeitererschaft ist das auch gut bekannt, und sie dankt den kirchlichen Stellen für das Verständnis, das ihre notvolle Lage dort gefunden. Die plumpen Heberversuche der sozialdemokratischen „Gewerkschaftszeitung“ tut sie mit einem mitleidigen Scheln ab.

Tarifbewegung

Der Reichstariivertrag für das Dachdeckergerwerbe gekündigt

Nach eingehender Beratung der Vertreter der beiden beteiligten Arbeitnehmerorganisationen ist der Reichstariivertrag für das Dachdeckergerwerbe zum 31. März 1925 gekündigt worden. Maßgebend war hierfür besonders die von uns erstrebte Einführung einer anderen Lohnregelung, sowie die Regelung der Ferien.

Aus dem Verbandsleben

Sodingen i. W. Nun ist auch in unsere Ortsgruppe wieder neues, pulsierendes Leben eingelebt. Die Nachwehen der Inflationszeit, wie Rückstände in der Beitragszahlung und Gleichgültigkeit der Kollegen gegenüber dem Verbandsleben, sind erfreulicherweise überwunden. Die meisten Kollegen haben ihre Bücher in Ordnung, und die wenigen Säumnigen werden wohl bald dem Beispiel der anderen folgen. Dank der Rührigkeit unseres ersten Vorsitzenden, Kollegen Hermann Boorwald, konnten in den letzten Wochen 16 Kollegen neu aufgenommen werden. Gewiß ein anerkennenswerter Erfolg in dieser Jahreszeit. (Aber! A. Red.). Ein volles Jahr hindurch konnten infolge der Besetzung keine Versammlungen stattfinden. Heute haben wir wieder, wie vor dem, jeden letzten Donnerstag im Monat unsere Versammlung, an der sich die Kollegen rege beteiligen. Unser Solalangesellter, Kollege Artmann, nimmt regelmäßig an den Versammlungen teil und fesselt die Kollegen durch seine aufklärenden Vorträge. Die Sodinger Kollegen wissen, was für sie in den nächsten Monaten auf dem Spiele steht; sie werden ihrem Verbands die Treue bewahren und dadurch mit beitragen, daß der Kampffonds, den wir im Frühjahr so dringend gebrauchen, gestärkt wird. J. M.

Sozialpolitik

Können Invaliden- und Altersrentner Erwerbslosenunterstützung beziehen? Diese Frage hat der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben vom 8. 9. 24 (Reichsarbeitsblatt 1924, S. 358) bejaht und hierzu folgendes ausgeführt:

„Die Annahme, daß die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Invaliden- und Altersrentner schlechthin ausgeschlossen sei, trifft nicht zu. Allerdings jezt der Bezug der Erwerbslosenunterstützung voraus, daß der Erwerbslose arbeitsfähig ist und in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Erwerbslosigkeit nicht weniger als 3 Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt hat, in der er gegen Krankheit pflichtversichert war. (§ 4 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. 2. 1924.) Richtig ist ferner, daß nach § 31 Abs. 1 a. a. O. für Invaliden- und Altersrentner wenn sie krankversicherungspflichtige Arbeitnehmer sind, Fürsorgebeiträge entrichtet werden müssen. Der Invaliden- und Altersrentner muß aber nicht ohne weiteres als arbeitsunfähig im Sinne des § 3 a. a. O. angesehen werden. Eine gefehliche Vermutung der Arbeitsunfähigkeit, wie sie § 6 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 aufstellte, kennt die Verordnung vom 16. Februar 1924 nicht. Nach geltendem Recht können Rentnempfänger, die trotz ihrer Erwerbsbeschränkung während der letzten 12 Monate vor Eintritt der Erwerbslosigkeit wenigstens 3 Monate lang eine krankversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben, auf Grund der damit bewiesenen Arbeitsfähigkeit Erwerbslosenunterstützung erhalten.“

Bau-Rundschau

Mangelhafte Baupolitik der Länder

Die „Bauwelt“ kritisiert die verschiedene Höhe des Anteils an der Hauszinssteuer, der von den Ländern

für Neubauten zur Verfügung gestellt wird. Während Preußen etwa 10 v. H. der Friedensmiete, Bayern immerhin noch 8 v. H. zur Förderung der Neubautätigkeit ausübt, bleiben die meisten anderen Länder weit hinter diesen Sätzen zurück (Baden 4 v. H., Baunhweig 3 v. H., Oldenburg 2,5 v. H., Hessen 2,4 v. H., Württemberg 1,5 v. H. der Friedensmiete). Dazu bemerkt die „Bauwelt“:

„Hier müßte unbedingt eine Gleichmäßigkeit erreicht werden. Die Höhe der Abgaben von der Friedensmiete für den Wohnungsbau läßt sich berechnen, wenn man ein erst zu nehmendes Wohnungsbauprogramm zur Hand nimmt, das z. B. von dem Oberregierungsrat im Preussischen Wohlfahrtsministerium Lehmann aufgestellt wurde. Dieser geht davon aus, daß in den nächsten sieben Jahren mindestens 1,6 Millionen neue Wohnungen notwendig werden, und daß im Laufe von sieben Jahren mindestens 230 000 Wohnungen jährlich gebaut werden müssen. Nun wird man vorteilhaft ein von Jahr zu Jahr ansteigendes Bauprogramm zur Grundlage machen müssen. Das ist aus mehreren Gründen notwendig. Die Zahl der geübten Bauhandwerker bedarf der Ergänzung durch Förderung des Nachwuchses, die durch Forderung im Lehrlingswesen wahrscheinlich beschleunigt werden kann. Ferner ist eine allmählich zu betreibende Vergrößerung der Vorräte an Baustoffen notwendig, um lähmende Steigerungen der Preise durch allzu stürmische Nachfragen zu verhindern und eine stetige Linie in den Beschäftigungsgrad von Baustoffindustrie und Baugewerbe zu bringen. Schließlich braucht das Bauen die Unterstützung des Geldmarktes, und wir können erwarten, daß mit jedem Jahre die Mittel aus Sparaufgaben so weit wachsen, daß sie nach und nach wieder als Darlehen auf Häuser den Markt befruchten können.“

Das erwähnte Bauprogramm verlangt auf 7 Jahre hinaus jährlich 230 000 neue Wohnungen, nachdem vorher die Zahl der wirklich Wohnungsbedürftigen ermittelt worden ist. Es läßt sich bereits heute übersehen, daß wir im Jahre 1925 auf diese Summe noch nicht kommen werden. Wenn wir die Hälfte, 120 000 Wohnungen, mit zweifachen Hypotheken aus öffentlichen Mitteln versehen wollen, sind schon dazu 15 v. H. der Friedensmiete nötig.

Die Erfüllung der Forderung von 15 v. H. der Friedensmiete aus der Hauszinssteuer für Wohnbauten würde dem Baugewerbe im kommenden Jahre einen ganz gewaltigen Aufschwung geben, da nicht zu befürchten steht, daß, wie in früheren Jahren, die Baukostenzuschüsse verpölet bereitgestellt und noch später ausbezahlt werden, sondern vorher über die aufkommenden Steuermittel verfügt werden kann.

Die Ministerien der Länder sollen ihr Augenmerk darauf richten, daß ein einheitliches Bauprogramm vorgezeichnet und erfüllt werden kann, damit dem Wohnungsmangel in absehbarer Zeit ein Ende bereitet wird. Ohne die Hauszinssteuer würden in den nächsten Jahren nicht viel Bauten finanziert werden können, das muß zugestanden werden.“

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Marburg

Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle findet am Sonntag, den 11. Januar 1925, nachm. 3 Uhr, bei Gastwirt Martin Rau in Schröda statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. G. A.: H. Schmitt.

Sterbetafel

Am 12. November 1924 starb unser Kollege Karl Hodehardt (Zimmerer) im Alter von 25 Jahren an Blinddarmentzündung.

Verwaltungsstelle Beuren.

Am 12. Dezember starb unser Kollege, der Maurer August Kessmeier, im Alter von 64 Jahren an Krebsleiden.

Verwaltungsstelle Dortmund.

Ehre ihrem Andenken!

Durch eigene Spar- und Kreditorganisation zum



Mitbesitz der deutschen Wirtschaft!

Einzahlung: Deutsche Volksbank, Essen, Post-Conto Nr. 16400.